



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 23. Juni 2023 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

hinter uns liegt eine Doppelsitzungswoche mit breiter Themenpalette. Von der langerwarteten, im Ergebnis aber enttäuschend ausgefallenen nationalen Sicherheitsstrategie bis zum dauernden Ampel-Streit, der sich dieser Tage insbesondere in Fragen der Wärmewende zuspitzte, haben wir viel erlebt.

Die nationale Sicherheitsstrategie hat ein überschaubares Echo in der Fachwelt erfahren. Ich finde es bedenklich, dass bei der Erarbeitung die Kommunikation und Abstimmung mit weiteren Stakeholdern und Partnern nicht stattgefunden hat. Unsere Partner in der Europäischen Union und in der NATO sind ebenso wenig eingebunden gewesen, wie die Bundesländer. Dabei sind nach unserer föderalen Aufgabenteilung die Länder für wesentliche Teile des Bevölkerungsschutzes verantwortlich.

Neben der allgemeinen politischen Lage haben habe ich in meinen wahlkreisrepräsentativen und fachlichen Funktionen einige spannende Termine wahrnehmen können. In beiden Wochen wurde ich dabei von einer Schülerpraktikantin begleitet. Ich habe Schulklassen in Empfang genommen und konnte mit einer Delegation aus der nordnigerianischen Provinz Borno über

erfolgreiche Terrorismusbekämpfung in der Praxis sprechen. Nicht selten entstehen in der internationalen Zusammenarbeit aus spannenden Begegnungen auch ein freundschaftliches Verhältnis. So stand in dieser Woche auch die Verabschiedung des australischen Botschafters in Deutschland, Philip Green, auf der Agenda. Mit ihm habe ich besonders gut und gerne zusammengearbeitet; sicher bin ich mir auch, dass er bei seiner nächsten Station aufgrund seines gewinnenden Wesens erfolgreich wirken wird.

Einen Ausblick auf die kommende Sitzungswoche möchte ich Ihnen mit Blick auf ein Thema geben, das ich schon lange als Berichterstatter im Auswärtigen Ausschuss begleite: Der MINUSMA-Einsatz der Bundeswehr. Wir haben bereits im Februar 2023 das geordnete Einsatzengefordert. Spätestens seit dem 16. Juni, als der malische Außenminister in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats den Abzug der Mission MINUSMA gefordert hat, ist klar: Der Einsatz ist untragbar geworden, weil es keine sinnvolle und vertretbare Möglichkeit mehr gibt, die Soldatinnen und Soldaten wie von der Bundesregierung geplant bis zum Mai 2024 in Mali zu belassen.

Herzlichst,
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Leittrag der Woche: Schiene in die Zukunft führen
- Außenpolitische Irrfahrt der Ampel
- Gespräch mit nigerianischem Gouverneur
- UN-Meeresschutzabkommen

Zukunft der Schiene: Die Deutsche Bahn neu aufstellen!

Die Deutsche Bahn befindet sich in der Krise. Unpünktlichkeit, kaputte Züge und Unzuverlässigkeit sind bei Zugreisen trauriger Alltag. Der Betrieb auf der Schiene ist notorisch überlastet, obwohl die angestrebte Verlagerung von anderen Verkehrsträgern auf die Schiene nicht erreicht wurde. Die Deutsche Bahn hat die notwendigen Investitionen in den Aus-, Um- und Neubau der Schiene nicht getätigt. Dabei hat sie vom Eigentümer Bund dafür viele Milliarden Euro erhalten. Die Ampel plant aktuell nur geringfügige Änderungen bei der Bahn. Von einer echten Reform sind die Vorschläge weit entfernt.

Standpunkt:

Bei der Deutschen Bahn kann es nicht so weitergehen wie bisher. Das Unternehmen muss grundlegend neu aufgestellt werden. Es braucht einen echten Quantensprung im Personen- und Güterverkehr. In unserem Leitantrag schlagen wir deshalb vor, die Infrastruktur vollständig vom Transportbereich zu trennen. Die Struktur von über 700 Tochterunternehmen muss entflochten werden. Die Vorgaben des Bundes müssen künftig verbindlich umgesetzt werden. Der Verkehrsminister sollte hierfür mehr Einflussmöglichkeiten erhalten, dafür dann aber auch die Gesamtverantwortung für die Umsetzung der Bahnpolitik tragen. •

Außenpolitische Irrfahrt der Ampel.

Als ich im Jahr 2013 in den Bundestag eingezogen bin, war mir als frischgewählter Abgeordneter von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen ein Grundsatz besonders eindrücklich vermittelt worden: Das Bemühen um Konsens und einheitliche Linien in außenpolitischen Fragen in der demokratischen Mitte unseres Hauses. Dies hat sich all die Jahre auch darin widerspiegelt, dass außenpolitische Abstimmungen meist von einem parteiübergreifenden Konsens getragen waren. Ein Kontrast zu der Ampel-Außenpolitik dieser Tage, die ein Bild der Zerrissenheit abgibt.

Standpunkt: *Die Nationale Sicherheitsstrategie ist ein weitgehend unabgestimmtes Arbeitsergebnis, das die Einbindung der Partner in der Europäischen Union und der NATO, insbesondere Frankreich, vermissen lässt. Die China-Strategie der Bundesregierung kann aus denselben Gründen, namentlich der Rivalität zwischen dem Bundeskanzler und der Außenministerin und deren mangelndem Einigungswillen, keine Fortschritte sehen lassen. Damit wird auch der strategische Prozess auf EU-Ebene verzögert. Merkwürdig auch: Das Verhalten der Bundesregierung in der europäischen Asylpolitik. Einerseits stimmte sie dem Kompromiss im EU-Ministerrat zu, andererseits ließ sie erkennen, ihn bei den Verhandlungen mit dem Europaparlament wieder aufweichen zu wollen. •*

Besuch des NATO-Stützpunkts in Stettin.

Anfang dieser Woche hatte ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Arbeitsgruppe Auswärtiges der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Gelegenheit, das NATO Multinational Corps Northeast im polnischen Stettin zu besuchen. Dieses wurde 1999 aufgrund eines Beschlusses zwischen Dänemark, Polen und Deutschland als gemeinsames militärisches Hauptquartier in Dienst gestellt.

Es ist ein essenzieller Bestandteil bei der Verteidigung der sogenannten „Ostflanke“ und zur Abschreckung gegenüber russischen Aggressionen auf unsere NATO-Partner in der Region.

Vielen Dank für den dauerhaften Einsatz für unsere Freiheit und Sicherheit und die wertvollen Einblicke in Ihre Arbeit! •



Im Gespräch mit nigerianischem Gouverneur.

Gemeinsam mit meinem Kollegen Jürgen Hardt habe ich in dieser Woche den Gouverneur der nordnigerianischen Provinz Borno, Prof. Babagana Umara Zulum, getroffen. Wie kein anderer Bundesstaat ist Borno vom Terror der Boko Haram und des Islamischen Staates in Westafrika (ISWAP) betroffen.



Die Aktivitäten der Terrororganisation Boko Haram in Borno stehen nicht zuletzt seit der Kampagne #BringBackOurGirls“ aus dem Jahr 2014 im weltweiten Fokus. Das von der internationalen Gemeinschaft unterstützte Engagement der Provinzregierung hat in den letzten Jahren messbare Erfolge im Kampf gegen Boko Haram erzielen können und gilt in der Region als positives Beispiel für effektive, nachhaltige Terrorismusbekämpfung und Stabilisierung.

Dabei findet das sogenannte „Borno-Modell“ Anwendung, welches darauf abzielt, den freiwilligen Ausstieg von Kämpfern aktiv zu beschleunigen und denjenigen, die keine Gräueltaten begangen haben, einen Weg zur Rehabilitation zu ermöglichen. Auch die Vereinten Nationen unterstützen dieses Vorgehen. •

„Hände weg von meiner Kindheit!“

Gerne habe ich am Rande der zurückliegenden Doppelsitzungswoche die wichtige Aktion „Hände weg von meiner Kindheit“ von World Vision Deutschland gegen die sexualisierte Ausbeutung von Kindern im Internet unterstützt. Millionen Kinder und Jugendliche sind weltweit davon betroffen – oftmals mit schweren geistigen und körperlichen Folgen.



Neben der rasant voranschreitenden Digitalisierung hat auch die COVID-19-Pandemie zu einem Anstieg der Ausbeutungsfälle in den letzten Jahren beigetragen. Viele Kinder mussten weltweit in der Folge ihr Sozialleben in die digitale Welt verlagern – oftmals ohne Aufklärung und Beaufsichtigung.

Vielen Dank an World Vision Deutschland, die dieses wichtige Thema aufgegriffen haben.

Weitere Informationen und eine Petition finden Sie unter:

<https://www.worldvision.de/aktuell/2023/03/Mehr-Kinderschutz-im-Internet> •

Interessanter Austausch mit NAFFO

Ein weiteres Gespräch konnte ich diese Woche mit Mirjam Rosenstein, Exekutivdirektorin des Nahost Friedensforums (NAFFO), führen. Diese Nichtregierungsorganisation setzt sich für eine friedliche politische wie gesellschaftliche Entwicklung im Nahen Osten ein. Dabei gilt das Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern.



Neben der aktuellen politischen Lage war auch die Problematik der missbräuchlichen Verwendung von deutschen Entwicklungsgeldern auf palästinensischer Seite Thema.

Hier müssen die Kriterien überprüft werden, damit die fehlenden Strukturen zielgerichtet auf palästinensischer Seite aufgebaut werden können. •

Schülerbesuch aus dem Wahlkreis

Eine willkommene Abwechslung zum Sitzungsalltag sind für mich stets die Gespräche mit Schülergruppen aus meinem Wahlkreis.

Diese Woche konnte ich jeweils eine Klasse der Erich-Kästner-Schule Oberursel sowie der Heinrich-von-Gagern-Schule in Weilburg im Bundestag begrüßen.

Neben dem obligatorischen Besuch der Plenarsitzung und einem anschließenden Rundgang auf der Kuppel konnten die Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit nutzen, mir ihre Fragen zu stellen und ihre Anregungen mitzugeben.

•

Tatkräftige Unterstützung für mein Büro



In den vergangenen beiden Wochen wurde mein Berliner Büro tatkräftig durch eine Schülerpraktikantin unterstützt. Cecilia hat einen spannenden Einblick in die politischen Prozesse unseres Parlaments gewonnen und konnte sich persönlich an vielen Stellen einbringen.

Vielen Dank für Deine Unterstützung, liebe Cecilia! •

Die gute Nachricht der Woche:

UN-Abkommen zum Meeresschutz.

Mit der Einigung auf ein Abkommen zum Schutz der Weltmeere ist ein historischer Durchbruch gelungen. UN-Generalsekretär Guterres wies zu diesem Anlass darauf hin, dass endlich ein wirksamer Kampf gegen Überfischung sowie Verschmutzung mit Chemikalien, Plastik und Abfällen geführt werden könne.

Nach 15-jährigen Verhandlungen werden nun erstmals Schutzgebiete außerhalb der ausschließlichen Wirtschaftszonen von Staaten definiert; also die bislang unregulierten 60 Prozent der Meeresgebiete. Ich hoffe, dass das Abkommen unverzüglich in Deutschland und anderen Staaten ratifiziert wird. •